

**Bayr: Vergewaltigungen als Kriegsmittel in Darfur****Utl.: Bayr verurteilt die vorübergehende Festnahme des Leiters von Ärzte ohne Grenzen =**

Wien (SK) Mit schärfstem Protest reagierte die entwicklungspolitische Sprecherin der SPÖ, Petra Bayr, auf die vorübergehende Verhaftung des Leiters von Ärzte ohne Grenzen (MSF) im Sudan. Wie berichtet, hatte die sudanesishe Regierung die Hilfsorganisation beschuldigt, einen falschen Bericht verbreitet, die "Gesellschaft unterwandert" und darüber hinaus spioniert zu haben. "Ärzte ohne Grenzen hat aufgezeigt, dass es in Darfur Vergewaltigungen von Frauen und Mädchen gibt und dafür in 500 Fällen medizinische Beweise gesammelt. Über 80 Prozent der Opfer hatten angegeben, von Soldaten oder von Mitgliedern regierungstreuer Milizen vergewaltigt worden zu sein", erläutert Bayr den Bericht von MSF. "Damit ist einmal mehr bewiesen, dass systematische Vergewaltigungen von Frauen als Kriegsmittel eingesetzt werden." \*\*\*\*

Besonders erschütternd sei, dass das Aufdecken dieser Menschenrechtsverletzung von der sudanesischen Regierung mit einer anderen Menschenrechtsverletzung geahndet würde, der Beschränkung der Meinungsfreiheit durch vorübergehenden Freiheitsentzug. In einem offenen Brief an den sudanesischen Botschafter in Wien verlangt die Nationalratsabgeordnete, dass die sudanesishe Regierung endlich die Unterstützung der Milizen in Darfur stoppt und alle politischen Mittel ergreift, um das Töten und Vertreiben von Tausenden Menschen in Darfur zu beenden. Menschenrechtsverletzungen, insbesondere Vergewaltigungen und Vertreibungen, sind sofort zu unterbinden. Verletzungen der Menschenrechte, die in diesem Konflikt begangen wurden, müssen vor ordentlichen Gerichten verhandelt und bei Verurteilung der Schuldigen mit Konsequenzen belegt werden. Die sudanesischen Behörden fordert Petra Bayr auf, alles ihnen mögliche zu unternehmen, um Hilfsorganisationen freies Geleit und eine gefahrfreie Tätigkeit zu garantieren und über die Fakten ihrer Arbeit berichten zu können, ohne Konsequenzen fürchten zu müssen.

In dem seit mehr als zwei Jahren andauernden Konflikt im sudanesischen Darfur gehen regierungsnahen Milizen gegen zwei Rebellengruppen, vor allem aber gegen die Zivilbevölkerung vor. Hilfsorganisationen schätzen die Zahl der Toten auf etwa 300.000. Rund zwei Millionen Menschen sind nach Vertreibungen auf der Flucht.

(Schluss) wf/mm

Rückfragehinweis: Pressedienst der SPÖ Tel.: (+43-1) 53427-275

<http://www.spoe.at>

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS \*\*\*